

Haushaltsrede 2017 DIE LINKE und DIE SO!

Frau Landrätin, meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder, unterhalten wir uns hier über die kommunale Mangelverwaltung.

Der Haushaltsentwurf für 2017 war ganz sicher mal wieder viel Arbeit. Dafür dankt unsere Fraktion allen Beteiligten aus der Verwaltung.

Einige der hier Anwesenden, wissen vielleicht noch, wie es zu den knappen Kassen gekommen ist.

Es fing mit der Reduzierung der Landeszuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz an: der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes, wurde vor mehr als zwei Jahrzehnten von 28,5 % auf 23 % gekürzt.

Um die Kommunen wieder auskömmlich zu finanzieren muss der Anteil der Kommunen, kurzfristig wieder auf 25 % steigen und langfristig wieder auf die alten 28,5 %!

Statt immer wieder über die hohe LWL Umlage zu klagen, sollten sie meine Damen und Herren, deren Parteien die in Bund und Land regieren, bei ihren Parteifreunden, auf Bundes und Landesebene, Druck machen, damit die Kommunen wieder vernünftig mit Finanzen ausgestattet werden!

Die Schulden der Kommunen sind überwiegend durch Landes- und Bundesgesetze zustande gekommen. Die versprochene Konnexität wird aber häufig nicht eingehalten.

Deshalb müssen auch Land und Bund, den Großteil der Schulden der Kommunen übernehmen.

Die Finanznot der Kommunen wird auch an den Kassenkrediten deutlich, die bundesweit zwischen 2002 und 2010 von rund 10 Milliarden Euro auf über 40 Milliarden Euro gestiegen sind.

Im ersten Quartal 2015 lagen sie schon bei 51,5 Mrd. Euro.

Die NRW-Kommunen halten 53 % aller Kassenkredite in Deutschland. Hieran kann man am besten erkennen dass in unserem Bundesland einiges verkehrt läuft!

Fachleute rechnen mit einer Steigerung der Kassenkredite auf 77 Mrd. Euro bis 2020.

Ursprünglich, nur zur Überbrückung kurzfristiger Engpässe gedacht, machen die Kassenkredite inzwischen mehr als ein Drittel der Gesamtverschuldung der Kommunen aus.

Trotz des sogenannten Stärkungspaktes, kommen die Kommunen aus dieser Nummer nicht mehr heraus!

In den letzten 20 Jahren sind die Ausgaben der Gemeinden um mehr als 300 Prozent gestiegen, ihre Einnahmen aber nur um etwa 130 Prozent.

Durch die ständigen Abgaben und Steuererhöhungen erreichen die Grundsteuer B-Hebesätze langsam Werte, die alle Befürchtungen der letzten Jahre noch

übertreffen!

Und was hört man aus dem Landtag: Die SPD denkt über eine Deckelung der Gewerbesteuersätze nach. Auf die Idee einer Obergrenze für die Grundsteuer B, zum Schutz der Bürger kommt niemand von den Spezialdemokraten.

Angesichts der desaströsen Lage des Landeshaushaltes ist auch von dort kaum Hilfe zu erwarten.

Es müssen tiefgreifende politische Schritte auf Bundes- und Landesebene eingeleitet werden und da sind Sie meine Damen und Herren von CDU und SPD besonders gefordert.

Die Vermögensverschiebung von unten nach oben muss beendet und umgekehrt werden

Wir brauchen eine neue Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer

Wir brauchen eine Gemeindefortschrittssteuer statt einer Gewerbesteuer. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum beispielsweise Ärzte und Steuerberater von der Gewerbesteuer befreit sind.

Wir brauchen einen Einkommenssteuersatz wie zu Zeiten von Helmut Kohl! Damals hatten wir 53%. Wer das heute fordert wird ja als Kommunist beschimpft.

Fast alle Möglichkeiten der Kreise und Städte mit Ihren Leistungen Geld zu verdienen, sind ihnen zugunsten von Privatfirmen entzogen worden. Die letzte Steuer für die Kreise war ja die Jagdsteuer, die gibt es ja nun auch schon einige Jahre nicht mehr! Die Verlustbringer bleiben den Kommunen aber immer erhalten!

Einige wenige werden immer reicher und mit jeder Privatisierung steigt ihr Vermögen, werden Arbeitsplätze zugunsten einer höheren Rendite weg rationalisiert.

In weniger als einer Sekunde steigt das Vermögen der Reichen um 2.000 Euro!

Gleichzeitig steigt die Kinderarmut in NRW immer weiter! Aus dem Ausspruch von Frau Kraft im letzten Wahlkampf: „Wir lassen kein Kind zurück in NRW“, ist leider nur hohle Luft geworden!

Statt weniger werden es immer mehr! Jedes 5. Kind in NRW gilt als arm! Viele Kinder wachsen in Armut auf und lernen, dass es keine Hoffnung gibt. Zu was das führen kann, sehen wir: vom Komasaufen von Jugendlichen, wobei der Kreis Soest ja leider einen traurigen Spitzenplatz in NRW belegt, bis zum Erstarken von Rassisten und Ewiggestrigen.

Unser Land ist reich, eines der reichsten Länder der Welt. Und wir alle wissen genau, dass dieser Reichtum falsch verteilt ist.

Das Privatvermögen von 5 % der Bevölkerung ist dreimal so hoch wie die Schulden der Kommunen, der Länder und des Bundes zusammen genommen.

Am anderen Ende ist jeder 10. in Deutschland überschuldet.

In NRW liegen wir sogar bei 11,52 %.

Diesem Trend dass die Schere zwischen Arm und Reich, immer weiter auseinander geht, muss dringend gegengesteuert werden!

Solange Politiker aber lieber Mangel verwalten, statt notwendige Entscheidungen für eine gerechtere Vermögensverteilung zu fällen, wird dieser Kreistag sich noch in zwanzig Jahren mit Mangelverwaltung befassen müssen.

CDU/CSU und SPD haben im Bundestag für das Jahr 2017 den größten Militärhaushalt seit dem 2. Weltkrieg verabschiedet. 2017 soll er um 8% wachsen. Mit der Türkei, die mit Erdogan auf dem Weg in die Diktatur ist, kooperiert die Bundeswehr.

Fluchtursachen werden so nicht bekämpft, sondern man schafft sie dadurch erst. Die Kommunen müssen diese Suppe, anschließend auslöffeln.

Absolut traurig finden wir, das man Afghanistan zu einem sicheren Land erklärt hat, man schickt Menschen in ein Land zurück von dem selbst die Bundeswehr sagt, dass dort Kriegszustände herrschen und es international als das 4. gefährlichste Land der Welt gilt!

Leider wird hier schon Wahlkampf zu Lasten von Flüchtlingen gemacht! Um Stimmen von der AFD abzuziehen, verschiebt man seine Politik selbst nach rechts.

Interessant ist auch was aus einer Anfrage von uns an den Kreis so entstehen kann.

Da fragt man ob die 20.000€ als Zuschuss, für eine Stelle im Flüchtlingsbereich, die nur für 2016 vorgesehen waren, nicht auch für 2017 geplant wären.

Schon planen da 3 Fraktionen mit genau diesen 20000€.

Wir selbst hatten den Antrag in Rücksprache mit der Caritas zurückgezogen, weil wir und die Caritas, die Vollzeitstelle favorisiert hatten.

Unserem Kreistag hätte es sehr gut getan wenn wir die von den Grünen geforderte und von uns unterstützte volle Stelle im Flüchtlingsbereich beschlossen hätten!

Der Ruf unserer Ausländerbehörde ist sicher gegenüber früher besser geworden, ist aber sicher längst noch nicht so wie er sein könnte!

Leider ist aus der Arbeitsgruppe die sich nach unserem zurückgezogenen Antrag gebildet hat, außer Frust nichts rausgekommen!

Man wollte uns deutlich machen das es keinen Spielraum bei Abschiebungen gebe. Mir ist aber deutlich geworden das dieser Spielraum der durch Duldungen durchaus möglich ist, leider aber nicht gewollt ist, weil man sich ja dadurch seine Statistiken versauen könnte!

Uns ist da das Schicksal der Flüchtlinge allerdings wichtiger als jede Statistik!

In der letzten Haushaltsrede hatte ich es am Anfang gesagt, jetzt mache ich es hier am Ende, GroKo ist auch auf Kreisebene Mist. Die kleinen Fraktionen können sich doch eigentlich jede Mühe sparen, den Haushalt durch Anträge zu verändern, entschieden wird das, was CDU/SPD vorher beschlossen haben!

Da braucht man sich eigentlich auch nicht zu wundern das das Interesse an der Kreispolitik immer geringer wird!

Das entschieden worden ist die Ausgleichsrücklage auf Null zu bringen, findet nicht unsere Zustimmung und ist für uns nur Symbolpolitik. Diese ja nur einmal mögliche Aktion, bringt den Städten und Gemeinden sicherlich auch nicht die Rettung! Ausserdem sind wir davon überzeugt das unsere Kommunen auch im nächsten Jahr wieder mit irgendwelchen anderen Forderungen aufwarten werden, somit wird auch ohne das Thema Ausgleichsrücklage, keine Entspannung in die Verhandlungen kommen.

Unser Kämmerer hätte mit der Ausgleichsrücklage, die ja jetzt nie wieder aufgebaut werden kann, vielmehr Spielraum gehabt. Aber wie gesagt ist eigentlich eh egal was wir davon halten, entscheidend ist ja doch nur was die GroKo macht!

Wir hatten ja gehofft dieses Jahr den Haushalt nicht ablehnen zu müssen, was wir auch, wenn die Vollzeitstelle im Flüchtlingsbereich gekommen wäre, wahrscheinlich gemacht hätten. Aber das hat die GroKo ja leider verhindert. Darum lehnen wir auch dieses Jahr den Haushalt für 2017 ab!

Ich Danke für ihr Aufmerksamkeit!